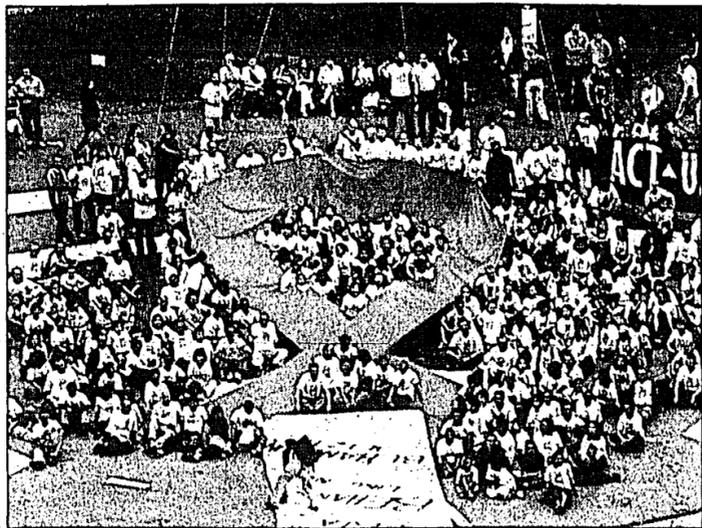


Aids weiter auf Vormarsch

Internationale Aids-Konferenz in Barcelona eröffnet

BARCELONA: Trotz verbesserter Behandlungsmethoden ist die Immunschwächekrankheit Aids weltweit weiter auf dem Vormarsch. Der Direktor des UN-AIDS-Programms, Peter Piot, sagte am Sonntag zum Auftakt der Internationalen Aids-Konferenz in Barcelona, es gebe keine Anzeichen für einen Rückgang der Epidemie. Die Welt sei jedoch in den vergangenen Jahren auf die Aids-Tragödie aufmerksam geworden, und Politiker in aller Welt seien bereit, sich für den Kampf gegen die Seuche einzusetzen.

«Aus historischer Perspektive stehen wir immer noch am Anfang der Epidemie», sagte Piot. «Es gibt keine Anzeichen für einen Rückgang, noch nicht einmal in den am stärksten betroffenen Ländern.» Besonders in China, den ehemaligen Sowjet-Staaten und anderen Ländern in Asien habe die Zahl der HIV-Infektionen stark zugenommen. Jetzt sei es wichtig, die erfolgreichen Strategien gegen die Ausbreitung von Aids auf immer mehr Regionen auszuweiten, um so Verhältnisse wie in



Zur Eröffnung der internationalen Aids-Konferenz in Barcelona gingen in Spanien viele Menschen auf die Strassen.

Afrika frühzeitig zu verhindern. «Aids beginnt ganze Nationen in Afrika zu destabilisieren», sagte Piot. «Ein destabilisierter Teil der Welt, egal wie weit er weg sein mag, hat jedoch auch Auswirkungen auf das eigene Land.» Im vergangenen Jahr hätten eine Million Kinder in Afrika ihre Lehrer an Aids

verloren. Die Bedingungen für die internationalen Finanzhilfen müssten verändert werden, damit auch verhältnismässig erfolgreiche Länder in Afrika eine Chance auf Hilfe hätten. Als Beispiel nannte er Botswana, das wirtschaftlich auf dem richtigen Weg sei und sich um eine demokratische Re-

gierung bemühe. Das Land habe keinen Anspruch auf finanzielle Hilfen, werde jedoch von der Aids-Epidemie stark belastet und drohe, auf den Stand eines Entwicklungslandes zurückzufallen.

40 Mio Menschen betroffen

Seit der letzten Aids-Konferenz vor zwei Jahren in Südafrika seien aber auch Fortschritte erzielt worden, sagte Piot. Aids sei weltweit ein wichtiges Thema geworden. Immer mehr Politiker seien bereit, den Kampf gegen Aids anzugehen, und immer mehr Geld fliesse in Programme gegen die Immunschwächekrankheit. Für die Bekämpfung des HI-Virus und Aids in den ärmeren Ländern sollen seinen Angaben zufolge in diesem Jahr 2,8 Milliarden Dollar ausgegeben werden. Benötigt würden allerdings zehn Milliarden Dollar pro Jahr. Zur 14. Internationalen Aids-Konferenz versammeln sich mehr als 15 000 Mediziner und Politiker aus der ganzen Welt. In dieser Woche wollen sie über neue Behandlungsmethoden und die Prävention einer Krankheit sprechen, die weltweit rund 40 Millionen Menschen betrifft. Die Experten erklärten jedoch, eine Impfung oder eine Heilung werde es in der nahen Zukunft nicht geben.

Ausschreitungen

Unruhige Parade des Oranier-Ordens

PORTADOWN: In Nordirland wird nach den Ausschreitungen am Sonntag bei der jährlichen Parade des protestantischen Oranier-Ordens in der Stadt Portadown eine Eskalation der Gewalt für die nächsten Tage befürchtet. Rund 2000 Personen beteiligten sich am Sonntag an dem Marsch in Portadown.

Anschließend durchbrach eine kleine Gruppe eine Barriere, die das katholische Viertel rund um die Garvaghy Road von der Parade abschirmte. Das könnte der Auftakt zu neuer Gewalt in Nordirland gewesen sein. Die Umzüge des Oranier-Ordens führen meist durch katholische Wohnviertel und werden von der katholischen Bevölkerung als Provokation empfunden. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu blutigen Unruhen. Mit ihren alljährlichen Paraden in der gesamten Provinz erinnern die nordirischen Protestanten

an den Sieg Wilhelms von Oranien über den katholischen König Jakob II. am 12. Juli 1690. Bei dem Marsch in Portadown schlug eine Gruppe von Protestanten an der Absperrung zum katholischen Viertel mit Regenschirmen auf die Polizisten ein und warf mit Steinen. Es gab einige Verletzte. Die Oranier konnten zwar nicht in die Garvaghy Road vordringen, doch ein Teil von ihnen kündigte an, sich nicht zurückzuziehen. Die Behörden hatten gehofft, mit einem Grossaufgebot von 2000 Polizisten und Soldaten in diesem Jahr Zusammenstösse verhindern zu können. Vor der Parade hatte David Jones, der Sprecher der Oranier, erklärt: «Wenn wir diese Strasse hinuntergehen, dann wird das auf würdige Art und Weise geschehen.» Die Teilnehmer des Marsches würden Polizisten und Soldaten jenseits der eigens für die Parade errichteten Strassensperren nicht angreifen.

Neues Grundgesetz

Kerngebilde für eine dauerhafte Verfassung

GAZA: Die palästinensische Autonomiebehörde hat am Sonntag ein neues Grundgesetz offiziell eingeführt. Es handle sich dabei um «das Kerngebilde für eine dauerhafte Verfassung», die erst nach Einrichtung eines palästinensischen Staates gelten solle.

Dies sagte der palästinensische Justizminister Ibrahim el Daghma am Sonntag vor Journalisten in Gaza. Das Grundgesetz war im Mai bereits von Palästinenserpräsident Jassir Arafat sowie vom palästinensischen Parlament gebilligt worden. Daghma rief alle palästinensischen Minister und Repräsentanten dazu auf, das neue Gesetz zu respektieren und einzuhalten. Es regle im Detail die Rechte und Pflichten der palästinensischen Bürger sowie die Arbeit der drei Gewalten. Das neue Grundgesetz sei nur solange als palästinensische Verfassung zu be-

trachten, bis ein unabhängiger Staat eingerichtet werde, betonte der Justizminister. Faktoren wie die gegenwärtige Notstandslage angesichts der israelischen Besatzung und Militärationen seien in dem Gesetzeswerk berücksichtigt worden.

Erfolg der Reformkräfte

Daghma rief die internationale Gemeinschaft zur Zusammenarbeit mit den Palästinensern auf, um ein rasches Ende der Besatzung und die Einrichtung eines eigenen Staates herbeizuführen. Die Einführung des Gesetzes wird als Erfolg der palästinensischen Reformkräfte gewertet. Das Parlament hatte Arafat jahrelang dazu gedrängt, das Grundgesetz zu billigen. Arafat hatte eine Unterzeichnung bis Ende Mai stets mit der Begründung abgelehnt, Palästina sei noch kein unabhängiger Staat und könne daher keine Verfassung haben.

Herber Rückschlag für Afghanistan

Ermordung von Vizepräsident Kadir stört Pläne des Präsidenten

KABUL: Hadschi Abdul Kadir war eine Ausnahmeerscheinung in der afghanischen Politik. Seine Ermordung am Samstag ist nach Meinung vieler Experten ein schwerer Rückschlag für Präsident Hamid Karsai. Als Paschtune gehörte er zu der Volksgruppe, der auch die Mehrheit der Taliban angehören. Als Mitglied des Kabinetts von Karsai war er gleichzeitig einer der wenigen mächtigen Provinzfürsten, die sich zu der vom Westen unterstützten Übergangsregierung bekannten.

Nach der Ermordung Kadirs dürfte Karsais Ziel, die unterschiedlichen Volksgruppen des Landes zu einen und Afghanistan dauerhaft zu befrieden, nun wieder schwieriger geworden sein.

«Ernster Schlag»

Für Ahmed Rashid, Autor des viel beachteten Buches «Taliban», setzte Kadir ein Zeichen für andere Warlords, ebenfalls mit Karsai zusammenzuarbeiten. Der Mord an dem Minister sei deshalb «ein ernster Schlag» für den Präsidenten. Zahlreiche Beobachter, unter ihnen der ehemalige EU-Sondergesandte für Afghanistan, Klaus-Peter Kläiber, hatten die Integration der re-



Der afghanische Vizepräsident Hadschi Abdul Kadir wurde am Sonntag zu Grabe getragen.

gionalen Machthaber als grösste Herausforderung für Karsai bezeichnet. Der Posten für Kadir war nicht der einzige Schachzug Karsais, um die Akzeptanz seiner Regierung zu erhöhen.

Der usbekische General Abdul Rashid Dostum, Anführer der gegen die Taliban siegreichen Nordallianz, hatte in der ersten Übergangsregierung Karsais das Amt des stellvertretenden Verteidigungsministers inne. Auch Ismail Khan, selbst ernannter Herrscher der westafghanischen Provinz Herat, erhielt damals einen Kabinettsposten.

Integrationsfigur für paschtunische Volksgruppe

Kadir, der vor der Taliban-Herrschaft Mitte der 90er Jahre zuerst nach Pakistan und später nach Deutschland flüchtete, war eine der wenigen Integrationsfiguren für die grosse paschtunische Volksgruppe. In der Region um die ostafghanische Stadt Dschalalabad genoss er grossen Rückhalt.

Grund dafür war nicht zuletzt seine einstige Nähe zu dem im September 2001 ermordeten legendären Nordallianz-Führer Achmed Schah Massud. Zudem stand Kadir einem weiteren als Märtyrer verehrten Mudschahedin sehr nahe: Der im Oktober von den Ta-

liban hingerichtete Abdul Hak war sein Bruder.

Hoffnung bleibt

Doch nicht alle glauben, der Anschlag auf Kadir werde das Land Afghanistan umgehend und ernsthaft destabilisieren. Der Mord zeige zwar, dass Gewalt in Afghanistan immer noch an der Tagesordnung sei, sagt ein Vertreter der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan (ISAF). «Ich denke aber nicht, dass die Tat Teil einer gross angelegten Verschwörung ist.»

Die Lage in Kabul habe sich in den letzten Monaten stark verbessert und werde positiv bleiben, gibt der ISAF-Mann sich optimistisch. Auch Ahmed Rashid hat trotz des Attentats vom Samstag noch Hoffnung. Die Tat – zusammen mit dem irrtümlichen US-Bombenangriff auf ein ausschliesslich von Paschtunen bewohntes Dorf in Zentralafghanistan – könnte auch zu einer Welle der Sympathie für die Paschtunen führen. Auf diese Weise würde auch ein Beitrag zur Versöhnung in dem Land geleistet, wo Paschtunen wegen ihrer Unterstützung der Taliban bis heute benachteiligt werden.

Übereinkunft mit Pharmafirmen

GEORGETOWN: Die Staaten der Karibik haben mit sechs Pharmaunternehmen eine Übereinkunft geschlossen, die ihnen um bis zu 90 Prozent im Preis reduzierte Medikamente für die Behandlung von Aids-Patienten sichert. Nach dem südlichen Afrika, wo es bereits ähnliche Verträge mit der Industrie gibt, hat die Karibik die höchste Rate von HIV-Infektionen weltweit. Unter den sechs Pharmaunternehmen war neben dem britischen Konzern GlaxoSmithKline und dem Schweizer Unternehmen Hoffmann-LaRoche auch der deutsche Pharma-Riese Boehringer Ingelheim. Das Abkommen sollte in dieser Woche während der Aids-Konferenz in Barcelona unterzeichnet werden.

Nach über 20 Jahren frei

BERLIN/TINDOUF: Nach über 20 Jahren Gefangenschaft sind am Sonntag 101 marokkanische Kriegsgefangene auf deutsche Vermittlung von der Westsahara-Befreiungsfront «Polisario» freigelassen worden. Sie wurden in der algerischen Wüstenortschaft Tindouf Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) übergeben und mit einem Rotkreuz-Flugzeug nach Marokko zurückgefliegen. In Tindouf liegen die Lager der aus der marokkanisch besetzten Westsahara geflüchteten Saharais. Seit einem 1991 zwischen Marokko und der Westsahara-Befreiungsfront geschlossenen Waffenstillstand bemühen sich die Vereinten Nationen um eine friedliche Beilegung des Konflikts um die ehemals spanische Kolonie Westsahara. Dieser dauert seit 1976 an.

Arafat sagt ab



DURBAN: Aus Angst, Israel könne ihm die Rückreise ins Westjordanland verwehren, hat Palästinenserpräsident Jassir Arafat eine Einladung zum Gipfeltreffen der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) abgelehnt. Die OAU habe dem palästinensischen Volk und Arafat ihre Solidarität bekundet. Die Organisation will sich am Dienstag in Afrikanische Union umbenennen. Arafat hatte in der Vergangenheit wiederholt Gipfeltreffen der OAU besucht. Er hat jedoch das Westjordanland seit seinem Hausarrest in Ramallah im Januar nicht mehr verlassen.

Kommt es zu Neuwahlen?

ANKARA: Angesichts der angeschlagenen Gesundheit des türkischen Regierungschefs Bülent Ecevit hat sein Stellvertreter Devlet Bahçeli von der Partei der Nationalen Aktion am Sonntag vorgezogenen Neuwahlen vorgeschlagen. Der Urnengang sollte am 3. November stattfinden, sagte Bahçeli vor Journalisten in der nordwestlichen Provinz Bursa, wie die Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Das Parlament müsse Anfang September seine Sommerpause unterbrechen und binnen zwei Tagen eine entsprechende Entscheidung fällen. Ministerpräsident Ecevit bekräftigte dagegen am Sonntag, dass er nicht die Absicht habe zurückzutreten. Er wisse zudem genau, wann es an der Zeit sei zurückzutreten, sagte er dem türkischen Nachrichtensender CNN. Niemand brauche ihn darauf aufmerksam zu machen.